

K1, K2, K3, K7, E2 NEU Mutiges GRÜNES Sofortprogramm für Klimaschutz

Gremium: Landesvorstand, Jan Philipp Albrecht (KV Kiel), Philipp Schmagold (KV Kiel), Ingrid Nestle (KV Steinburg), Detlef Matthiessen (KV RD-ECK) LAG Landwirtschaft, LAG Energiepolitik

Beschlussdatum: 26.10.2019

Tagesordnungspunkt: Anträge

Antragstext

1 Im Jahr 2015 hat sich die Weltgemeinschaft in Paris gemeinsam das Ziel gesetzt,
2 die globale Erhitzung deutlich unter 2°C, möglichst 1,5°C zu halten, um heutigen
3 wie folgenden Generationen eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen. Die
4 Klimaforschung ist sich einig: Jedes Zehntel Grad zählt, um die dramatischen
5 Folgen des globalen Temperaturanstiegs zu begrenzen. Der Kampf gegen die globale
6 Überhitzung unseres Planeten ist die vorrangige Menschheitsaufgabe des 21.
7 Jahrhunderts. Daher fordern wir GRÜNE, das anspruchsvolle Ziel einer maximalen
8 Erhitzung um 1,5°C zum Leitmotiv des Klimaschutzpfades in Deutschland zu machen.
9 Schon eine Erhitzung um 2°C würde die Lebensgrundlage von bis zu 500 Millionen
10 Menschen weltweit bedrohen – unter anderem durch Wassermangel und durch die
11 Ausdehnung von Wüsten. Dabei geht es nicht mehr um ein fernes Zukunftsszenario:
12 Die gravierende Klimakrise zwingt schon heute weltweit mehr Menschen zur Flucht
13 als sämtliche Kriege zusammen. Auch mitten in Europa zeigen sich die
14 Auswirkungen mehr und mehr: Denken wir doch nur an den Extremsommer des
15 vergangenen Jahres – und in diesem Jahr: 30°C am Polarkreis, Waldbrände von
16 Griechenland bis Schweden, ausgedörrte Landschaften und Ernteauffälle in halb
17 Europa.

18 Wir müssen viel schneller werden als zwischenzeitlich gedacht, weil wichtige
19 Jahre und Jahrzehnte lang der ernsthafte Klimaschutz verschlafen wurden. Wir
20 werden unsere Politik danach ausrichten, im Zeitraum zwischen 2035 und 2040
21 Klimaneutralität zu erreichen. Die Ideen, Instrumente und Technologien für
22 ernsthafte Klimaschutz sind vorhanden. Die Unterstützung in der Bevölkerung
23 wächst und wächst. Die Kinder, von denen wir unsere Erde nur geborgt haben,
24 gehen zu Hunderttausenden für Klimaschutz auf die Straße. Etliche Unternehmen
25 haben sich auf den Weg gemacht, weil sie wissen, dass eine Green Economy neue
26 Wertschöpfungsketten und neue Arbeitsplätze schaffen wird. Klimaschutz ist nicht
27 nur die ökologische Schicksalsfrage, sondern auch maßgeblich für die Zukunft
28 unserer Wirtschaft: Eine sozial und ökologisch verträgliche Wirtschaftsweise
29 achtet weltweit Menschen- und Tierrechte, hält die planetaren Belastungsgrenzen
30 ein und wagt eine Abkehr von maßloser Überproduktion und Massenkonsum. Nicht nur
31 im Interesse des Industriestandortes, sondern im Interesse der Menschen, des
32 Gewerbes und des Handels ist der Übergang zu einer ressourcenleichten Produktion
33 ohne Klimabelastung zu erzielen. Nur so schaffen wir ein dauerhaft lebenswertes
34 Deutschland und erhalten unseren Planeten so, wie wir ihn kennen. Wir wünschen
35 uns, dass Klimaschutz als Chance für wirtschaftlichen Erfolg, nachhaltiges
36 Unternehmertum und Innovation sowie Motor des Arbeitsmarktes begriffen wird. Wir
37 erwarten die Weiterentwicklung unserer sozialen Marktwirtschaft im Sinne eines
38 sozio-ökologischen Wirtschaftsmodells, das die breit diskutierten Ideen von
39 Postwachstum, Kreislaufwirtschaft und Gemeinwohlökonomie einbezieht.

40 Die Europawahl und die Fridays-for-Future-Bewegung zeigen, dass die Bürger*innen
41 konsequenten Klimaschutz wollen und keine parteipolitische Bedenkenträgerei.
42 Unser Land braucht jetzt einen gemeinsamen gesamtgesellschaftlichen und
43 politischen Kraftakt, um den Pariser Klimavertrag zu erfüllen und unserer und
44 besonders allen zukünftigen Generationen die Chance zu geben, weiter in Freiheit
45 zu leben. Mit dem von den Regierungsparteien im Bund vorgelegten Papier zum
46 Klimaschutz werden zwar nun eine Reihe von wichtigen – gerade auch durch die
47 schleswig-holsteinische Jamaika-Koalition vorangebrachten – Forderungen
48 aufgegriffen und ein allererster Einstieg in einen einheitlichen Mindestpreis
49 für CO₂ vorgeschlagen. Diese Ansätze sind allerdings so zurückhaltend, dass sie
50 für eine echte Wende in Richtung konsequenter Dekarbonisierung im Verkehrs- und
51 Wärmesektor nicht geeignet sind und damit nötige Anpassung erneut um Jahre
52 hinausschieben – sie blockieren Klimaschutz und Energiewende weiter und setzen
53 einen falschen marktwirtschaftlichen Rahmen, bei dem man auch nicht „dagegen an
54 subventionieren“ kann. Es ist daher allerhöchste Zeit, dass die Bundesregierung
55 mit ambitionierten Maßnahmen den Klimaschutz vorantreibt, statt ihn weiter zu
56 blockieren. Die Bundesregierung muss umgehend entscheidende Weichen stellen, und
57 zwar in folgenden vier Bereichen:

- 58 1. Die zügige Einleitung des Kohleausstiegs und ein deutlich forcierter
59 Ausbau der Erneuerbaren Energien sowie der Sektorenkopplung.
- 60 2. Der schnelle Einstieg in die CO₂-Bepreisung mit 40/60 € pro Tonne CO₂ als
61 Basispreis (ABSTIMMUNG) und eine soziale Kompensation per Klimageld.
- 62 3. Ein Klimaschutzgesetz als gesetzlichen Rahmen für Planungssicherheit in
63 den Bereichen Wärme, Verkehr, Industrie und Landwirtschaft erlassen.
- 64 4. Die Potentiale der Klimaschutzleistungen in Land- und Forstwirtschaft
65 erkennen, nutzen und ausbauen.

66 Wir können jetzt zeigen, dass Klimaschutz, wirtschaftlicher Erfolg, Wohlstand
67 und gesellschaftlicher Zusammenhalt in einem Industrieland im 21. Jahrhundert
68 Hand in Hand gehen. Wir würden massiv davon profitieren – sowohl durch höhere
69 Lebensqualität, als auch mit Blick auf Geschäftsmodelle und Arbeitsplätze der
70 Zukunft. In Deutschland gibt es mehr als genug Energie und Ideenreichtum, um die
71 entscheidende Zukunftsfrage des 21. Jahrhunderts wieder entschlossen anzugehen.
72 Der Moment dafür ist jetzt. Klare und mutige Entscheidungen sind erforderlich.

73 Dieses Papier ist auch ein Angebot zur Zusammenarbeit. Wir haben konkrete
74 Vorschläge formuliert. Für ihre Umsetzung bieten wir sowohl im Bundestag als
75 auch im Bundesrat unsere Unterstützung an. Entscheidend ist, dass Deutschland
76 seine nationalen, europäischen und international verbindlich zugesagten Ziele
77 erreicht. Über den besten und schnellsten Weg dorthin sind wir offen für jeden
78 konstruktiven Dialog.

79 Kohleausstieg einleiten und Energiewende beschleunigen

80 Der Ausbau der Erneuerbaren Energien, von Speichern und Netzen, muss dringend
81 beschleunigt werden. Das ist genauso klimapolitisch notwendig wie ökonomisch
82 vernünftig, denn Energie aus Wind und Sonne ist heute schon günstiger als neue
83 Gas- und Kohlekraftwerke.

84 Der Ausbau wird jedoch derzeit vom klimaschädlichen Kohlestrom blockiert, für
85 den nicht nur jährlich 240 Millionen Tonnen CO₂ in die Luft geblasen werden,
86 sondern der auch die Netze verstopft und gegenüber den Erneuerbaren einen
87 unfairen Wettbewerbsvorteil hat. Viele Monate nachdem die von der
88 Bundesregierung eingesetzte Kohlekommission ihren Kompromiss für den Ausstieg
89 aus der Kohleverstromung vorgelegt hat, hat es die Große Koalition nicht
90 geschafft, den Kohleausstieg einzuleiten. Wir brauchen schnell einen
91 verbindlichen Abschaltplan bis 2030 und den konkreten Einstieg in den Ausstieg.
92 Bis Ende 2022 sollen mindestens rund ein Viertel der Braunkohlekapazitäten und
93 ein Drittel der Steinkohlekapazitäten abgeschaltet werden. Zudem soll
94 sichergestellt werden, dass das Strukturfördergesetz mit einem Volumen von 40
95 Milliarden Euro an konkrete Abschaltungen gekoppelt wird.

96 Während weltweit immer mehr in Erneuerbare investiert wird, brechen allerdings
97 im Land der Erfindung der „Energiewende“ die Investitionen ein. Um die Segel
98 wieder in den Wind zu stellen, wollen wir bestehende regulatorische Hemmnisse
99 beseitigen und so „ermöglichen“ statt „verhindern“. Denn was wir derzeit
100 erleben, ist das genaue Gegenteil. Trotz Klagen aus Energiewirtschaft und
101 Industrie bleibt die Bundesregierung untätig, obwohl die Unternehmen dringenden
102 Klärungsbedarf haben und am überbordenden Maß bürokratischer Regeln verzweifeln.
103 Was passiert mit funktionstüchtigen aber nicht mehr geförderten Wind-, PV- und
104 Biomasseanlagen, die es ab 2021 immer häufiger geben wird? Darf bald jeder
105 wahlkämpfende Landespolitiker sein Bundesland zur Tabuzone für den
106 Windkraftausbau erklären? Diese und viele weitere Fragen stehen unbeantwortet im
107 Raum und versprühen das Gift der Verunsicherung in einer Branche, die
108 Milliardeninvestitionen zu stemmen hat und die dringend Planungssicherheit
109 braucht. Seit mehr als zwei Jahren beobachten wir Bremsen und Stillstand der
110 Erneuerbaren Energien und gleichzeitig eine ausufernde Rechtsetzung mit vielen
111 Tausend neuen Paragraphen Energierecht, die den Zubau der Erneuerbaren weiter
112 ausbremsen. Zahlreiche Bundesratsinitiativen aller Länder zeugen aber davon,
113 dass es anders gehen kann, wenn man will.

114 Es gilt alle Deckel im EEG zu streichen, damit die klimafeindliche Begrenzung
115 des Ökostromausbaus beendet wird. Insbesondere den Ausbau der Windenergie an
116 Land und den der Solarenergie müssen wir beschleunigen.

117 Unser Ziel ist entsprechend wissenschaftlicher Empfehlungen
118 (Sektorkopplungsstudie Prof. Dr. Quaschning) ein Zubau von jährlich mindestens 6
119 GW netto Wind an Land, 3 GW netto Wind auf See und 15 GW netto Photovoltaik.

120 Wind und Sonne schicken uns keine Rechnung

121 Wer Energiewende und Klimaschutz will, wer E-Autos, Wärmepumpen,
122 Wasserstoffwirtschaft, einen Strommarkt ohne Atom und Kohle und Vieles mehr
123 will, braucht als Basis schlicht sehr viel mehr Erneuerbare Energie. In
124 Schleswig-Holstein setzen wir weiterhin auf einen zügigen und geordneten Ausbau
125 der Windenergie auf See und an Land. Dafür werden wir Flächen bereitstellen und
126 auf Bundesebene müssen die Rahmenbedingungen so verändert werden, dass die
127 Bürger den Bau von Windparks wieder wie früher leichter selbst in die Hand
128 nehmen können.

129 Auch brauchen wir mehr Solarstrom im städtischen und ländlichen Raum. Wir
130 begrüßen die Initiative unseres Energiewende-Ministers Jan Philipp Albrecht und

131 weiterer Ministerien anderer Länder im Bund zum schnelleren PV-Ausbau bei
132 gleichzeitiger Steigerung der Qualität der Projekte.

133 Wir brauchen eine Ausbauinitiative für Sonnenstrom in Deutschland und in
134 Schleswig-Holstein. Auch im echten Norden mit weniger Sonnenstunden lohnt sich
135 Photovoltaik, denn staubarme Luft und kühler Wind verbessern den Wirkungsgrad.
136 In den letzten Jahren wurden in Schleswig-Holstein nicht einmal 50 Hektar PV-
137 Freiflächenanlagen jährlich zugebaut. Das ist viel zu wenig, um die Pariser
138 Klimaschutzziele zu erreichen! Wir wollen ab sofort jährlich 600 Hektar
139 Freiflächen-Zubau für Schleswig-Holstein. Dieser soll sehr umweltverträglich mit
140 gleichzeitiger Biolandwirtschaft und insbesondere durch natur- und
141 artenschutzdienliche Maßnahmen in den zukünftigen Solarparks erfolgen.

142 Mieterstrom muss endlich flott gemacht werden, damit auch Nichteigentümer sich
143 an der Energiewende beteiligen können. Bürgerenergie gerade bei PV-Dachanlagen
144 soll wieder die Regel werden. PV ist ein wichtiges Standbein bei der
145 Diversifizierung landwirtschaftlicher Einkommen. Da geht noch mehr! Wir
146 unterstützen dabei besonders unsere mittelständische Solarwirtschaft, die sich
147 in SH am Markt etabliert hat. Wir unterstützen auch Forschung und Entwicklung.
148 Mit dem Fraunhofer Institut ISET in Itzehoe und zahlreichen führenden Firmen im
149 Bereich Leistungselektronik ist SH gut aufgestellt. Das wollen wir stärken und
150 nicht verspielen.

151 Wir möchten ein PV-Dachflächenkataster im ländlichen und städtischen Bereich.
152 Eine Flächenplanung (Positiv oder Negativflächenprofil) im Bereich der
153 Solarfreiflächen lehnen wir ab.

154 Wir wollen ein Dialogforum Energie und Natur in SH unter Einschluss der
155 Wirtschaft, der Verbände und der Verwaltung würde ähnlich wie in Baden-
156 Württemberg zu einer besseren Vernetzung aller beteiligten Akteure führen. Das
157 Dialogforum hat auch die Aufgabe, einen Leitfaden "Gute Fachliche Praxis" bei
158 Planung, Errichtung und Betrieb von Solaranlagen zu erarbeiten unter
159 Berücksichtigung naturschutzfachlicher und landespflegerischer Belange. Ziel ist
160 ein positiver Umweltsaldo, also eine Verbesserung für Natur und Umwelt. Wir
161 werden dabei auch auf eine nachhaltige Umsetzung achten. Dies ist mit einem
162 Beratungsangebot für die Akteure der Wirtschaft und der Kommunen zu flankieren.

163 Nicht zuletzt fordern wir eine solare Baupflicht bei Neubau und im Bestand bei
164 wesentlichen baulichen Änderungen am Dach.

165 Wir brauchen eine Beschleunigung von Flächenausweisungen und eine Beschleunigung
166 von Genehmigungsverfahren auf maximal 1 Jahr.

167 Abstimmung: Photovoltaik-Freiflächenanlagen im Bereich von 110m beiderseits von
168 Autobahnen und Schienen sollen als landwirtschaftliche Nutzung, als sogenannte
169 "Sonnen-Ernte", gelten. Dadurch sind für diesen Bereich weder
170 Flächennutzungsplan (F-Plan) noch Bebauungsplan (B-Plan) anzupassen und der
171 Ausbau der Solarenergienutzung ist zeitnah machbar. Die Verankerung im Erdreich
172 erfolgt dabei ohne Beton, sondern durch demontierbare Erdanker bzw.
173 Erdschrauben. Und nachhaltig betriebene PV-Freiflächenanlagen sind deutlich
174 insekten- und vogelfreundlicher als konventionell betriebene landwirtschaftliche
175 Ackerflächen.

176 Abstimmung: Wir setzen uns dafür ein, dass PV-Freiflächen-Anlagen im
177 Außenbereich künftig privilegiert werden.

178 ...und das geht uns auf den Deckel: Der Wegfall des PV Deckels von 52 GW ist
179 überfällig.

180 Ein fairer und ehrlicher Preis für CO₂-Ausstoß

181 Ohne einen ehrlichen CO₂-Preis und die Abschaffung von Subventionen bei fossiler
182 Energienutzung ist weiter Stillstand angesagt. Der Umstieg auf Alternativen, die
183 auf der Basis Erneuerbarer Energien entstehen, muss günstiger sein, als das
184 Verharren auf Verhaltensmustern und Technologien, die am fossilen
185 Energieverbrauch festhalten. Dazu fordern wir die Landesregierung auch auf,
186 weitergehende Schritte zum Ausbau der Erneuerbaren Energien sowie zu Umsetzung
187 und Ausbau der vielen Bausteine der Sektorkopplung zu ergreifen.

188 Dafür brauchen wir einen Einstieg mit einem CO₂-Preis von anfänglich mindestens
189 40/60 Euro [Abstimmung] pro Tonne. Klimafreundliche Innovationen werden belohnt,
190 kommen in eine Wirtschaftlichkeit, klimaschädliches Verhalten wird verteuert.

191 Wir wollen allen Bürger*innen und Wirtschaftszweigen einen kalkulierbaren
192 Übergang mit hohen Effizienzgewinnen ermöglichen. Das ist nicht nur ökonomisch
193 wirksam, sondern auch ökologisch sinnvoll und die Chance für eine
194 sozialverträgliche Energiewende.

195 Der CO₂-Preis muss in weiteren Schritten sukzessive aber zeitnah und verlässlich
196 auf ein Niveau angehoben werden, das den Kosten entspricht, die durch den CO₂-
197 Ausstoß verursacht werden. Das sind derzeit 180 Euro/t CO₂. Die Höhe dieses
198 Preises hängt davon ab, wie konsequent verschiedene Maßnahmen der Reduktion der
199 Klimagase umgesetzt werden und wirken. Es gilt: je früher die
200 marktwirtschaftlichen Anreize wirken, umso schneller setzen sich Innovationen
201 durch. Eine kohlenstoffneutrale Wirtschaft wird dann erreichbar sein, wenn
202 Produktivität und Profitabilität sich auch daran bemisst, wie viel CO₂
203 ausgestoßen wurde.

204 Teile der Einnahmen können den Bürger*innen durch eine jährlich auszuzahlende
205 Pro-Kopf-Klimaprämie zurückgegeben werden. Davon profitieren vor allem Menschen
206 mit geringeren Einkommen. Wir werden die Einnahmen aber auch verwenden, um
207 Stromnebenkosten wie Stromsteuer oder EEG-Umlage für Haushalte und kleine und
208 mittlere Unternehmen zu reduzieren. Weitere Herausforderungen sind z.B.:
209 Ertüchtigung der Wärmeversorgung sowie Klimaneutrale Mobilität für alle
210 sicherstellen.

211 Klimaschutz einen rechtlichen Rahmen geben

212 Wir GRÜNE fordern, dass sich Deutschland in einem Klimaschutzgesetz das Ziel
213 setzt, mehr als 75 Prozent der Treibhausgasemissionen – (bezogen auf 1990) bis
214 2030 einzusparen. Dabei müssen die Maßnahmen so gewählt werden, dass sie in
215 Ihrer Gesamtheit geeignet sind dieses Ziel zu erfüllen. Die bisherigen
216 Zielsetzungen der schwarz-roten Bundesregierung sind absolut nicht ausreichend.

217 Klimaschutzleistungen in der Land- und Forstwirtschaft mobilisieren.

218 Land- und Forstwirtschaft können Klimaschutz! Dafür muss die Problematik der
219 Treibhausgasemissionen in Land- und Forstwirtschaft zielgenauer angegangen
220 werden! Im Rahmen des durch unseren Landwirtschaftsminister geführten Dialogs
221 zur Zukunft der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein sind die Fragen der
222 Bekämpfung des Klimawandels und der Klimaanpassung die zentralen

223 Handlungsfelder. Wir fordern die Landesregierung auf, unter Berücksichtigung
224 unten angeführter Aspekte die Ausarbeitung des entsprechenden Rahmen und der
225 Maßnahmen zügig fortzusetzen.

226 • Global denken, lokal handeln: Derzeit verbrauchen Deutschland und die EU
227 virtuell viele Mio ha für den Import von Tierfutter, Lebensmittel und
228 industriellen Rohstoffen. Es liegt im Sinne der Nachhaltigkeit diesen
229 „Fußabdruck“ deutlich zu reduzieren und mit den eigenen Flächen
230 auszukommen. Handelsabkommen, die den Import von Agrarprodukten aus
231 Ländern mit deutlich niedrigeren Umwelt- und Sozialstandards erleichtern,
232 lehnen wir ab. Sie unterlaufen die nationalen Bemühungen zu einer
233 nachhaltigeren Landwirtschaft.

234 • Stärkere Ausrichtung der Agrarförderungen auf Klima-, Umwelt- und
235 Tierschutzaspekte: Landwirt*innen die bereit sind, höhere Leistungen für
236 den Klimaschutz in ihrem Betrieb umzusetzen, sollen dafür auch besonders
237 gestützt werden. Um die Potentiale der Böden für den Klimaschutz zu nutzen
238 bekommen Fruchtfolgen und Bodenbearbeitung eine neue Bedeutung. Die
239 Bindung von Treibhausgasen im Rahmen eines besseren Nährstoffmanagements,
240 die energetische Nutzung von Gülle und anderen Reststoffen sowie eine
241 andere Bewirtschaftung und Bearbeitung der Agrarflächen soll gefördert
242 werden. Der Tierbestand soll an regionalverfügbare Flächen gebunden sein
243 und einzelbetrieblich bei maximal zwei Großvieheinheiten pro Hektar
244 liegen, perspektivisch noch darunter. Grünlanderhalt und besonders auch
245 Weidehaltung muss wieder wirtschaftlich attraktiv werden.

246 • Bundesweite Ausweitung des Ökolandbaus bis 2025 auf mindestens 25 Prozent
247 der Fläche! Der ökologische Landbau ist Leitbild einer flächengebundenen
248 und vielfältigen Landwirtschaft. Durch Forschung und Förderung für die
249 Umstellung und Beibehaltung des Ökolandbaues, sowie die Förderung von
250 Absatzmöglichkeiten für Bio-Produkte wird interessierten Landwirten die
251 Umstellung auf Ökolandbau weiterhin ermöglicht und erleichtert werden.

252 • Eine Wasserwirtschaft, die mit höheren Wasserständen CO₂ im Boden bindet
253 und gleichzeitig einen Mehrwert für Natur- und Artenschutz liefert.
254 Insbesondere bei den in Schleswig-Holstein überdurchschnittlich häufig
255 vorkommenden Moorflächen wollen wir die anhaltende Ausgasung durch höhere
256 Wasserstände in der Nutzung und durch Wiedervernässung dieser Flächen
257 deutlich vermindern. Unsere CO₂-Senken im Land, also vor allem
258 Dauergrünland, Moore und Wälder, wollen wir sichern, stärken und aufbauen
259 und dabei auch einen Mehrwert für den Naturschutz erzielen.

260 • Wälder schützen und Bäume pflanzen: Wir brauchen Wälder, die der
261 Klimakrise besser trotzen und dabei aktiven Klimaschutz betreiben. Bäume
262 sind unsere gewachsenen Verbündeten, wenn es darum geht, CO₂ zu binden.
263 Auch ein Teil der menschengemachten Emissionen kann so gebunden werden.
264 Sie sind unverzichtbar für den Klimaschutz. Der Aufbau eines naturnahen,
265 gesunden Waldes kann viele Millionen Tonnen CO₂ binden, bei nachhaltiger
266 Nutzung des Holzes auch dauerhaft. Auch in der Waldpolitik muss auf allen
267 Ebenen umgesteuert werden! Daher sollten ab sofort mindestens 0,5% des
268 Bundeshaushaltes in Programme zur globalen Baumpflanzung fließen. Diese
269 Mittel in Höhe von mindestens 1,5 Milliarden Euro pro Jahr sollen für

270 Baumpflanzungs-Initiativen z.B. entlang von Feldwegen, Straßen und zur
271 Ausweisung zusätzlicher Naturwaldflächen in Deutschland genutzt werden,
272 aber auch zu Waldschutz- und Baumpflanzungs-Initiativen in anderen Ländern
273 und Regionen unserer Welt, denn unser Klima hält sich nicht an Grenzen.

274 Zentrale Forderungen zusammengefasst:

- 275 • Unmittelbarer Beginn des Kohleausstiegs mit der Abschaltung erster
276 Kraftwerke zum nächstmöglichen Zeitpunkt und Abschluss bis 2030,
- 277 • eine sektorübergreifende CO₂-Bepreisung in Höhe von zunächst 40/60 Euro
278 pro Tonne CO₂-Äquivalent (ABSTIMMUNG) einführen. Die Einnahmen werden den
279 Bürger*innen durch eine jährliche Pro-Kopf-Klimaprämie und durch eine
280 deutliche Absenkung der Stromsteuer vollständig zurückgegeben. Davon
281 profitieren vor allem Menschen mit geringen Einkommen,
- 282 • unser Ziel: 100 Prozent Strom aus Erneuerbaren Energien bis 2030 / den
283 Ausbau der Erneuerbaren Energien sofort in großen Schritten beschleunigen
284 (ABSTIMMUNG)! Den Ausbaudeckel bei erneuerbaren Energien streichen,
285 Windenergie wieder in Schwung bringen, Förderung für Solarstrom vom Dach
286 verbessern, mit anderen Erneuerbaren verzahnen und mehr Flächen für Wind
287 und Solar zugänglich machen,
- 288 • Solarenergienutzung auf den Dächern und in der Freifläche vervielfachen
289 und ab sofort einen jährlichen Zubau von natur- und
290 artenschutzfreundlichen PV-Freiflächenanlagen auf mindestens 600 Hektar in
291 Schleswig-Holstein ermöglichen,
- 292 • die Befreiung von der EEG-Umlage auf Betriebe begrenzen, die nachweislich
293 einen erheblichen Wettbewerbsnachteil aufgrund eines im internationalen
294 Vergleich höheren Industrie-Strompreises haben würden,
- 295 • Neuzulassungen von mit fossilen Kraftstoffen betriebenen PKW im Jahr 2030
296 beenden und die Anschaffung emissionsarmer Fahrzeuge durch ein Bonus-
297 Malus-System fördern,
- 298 • LKW-Maut ist auf alle Straßen und alle Nutzfahrzeuge ab 3,5 Tonnen
299 ausweiten,
- 300 • Investitionsoffensive Bahn starten,
- 301 • jährlich angepasste Zulassungsquoten zur schrittweisen Reduzierung
302 fossiler LKW, Busse und Schiffe, sodass diese ab spätestens 2032 nur noch
303 mit erneuerbaren Antrieben zugelassen werden. Etwas später folgt die
304 Luftfahrt, wobei die Entwicklung emissionsarmer oder auf regenerativen
305 Energieträgern basierender Antriebe voranzutreiben ist. Parallel ist der
306 Treibstoffverbrauch bei Interkontinentalflügen durch Routen- und Höhenwahl
307 weiter zu senken,
- 308 • Flugverkehr in die CO₂-Bepreisung einbeziehen, Kerosin besteuern,
- 309 • die vollständige steuerliche Absetzbarkeit der energetischen
310 Gebäudesanierung für selbstnutzende Eigentümer*innen ab Januar 2020

- 311 einführen und die Förderung der energetischen Gebäudesanierung deutlich
312 steigern,
- 313 • eine Einspeiseverpflichtung der Netzbetreiber für CO₂-neutral produzierten
314 Wasserstoff in das Erdgasnetz mit Erhöhung der Einspeisung entsprechend
315 der Produktion aus Wind- und Sonnenstrom,
- 316 • „Global denken, lokal handeln“ und Handelsabkommen ausschließen, die
317 Umwelt- oder Sozialstandards unterlaufen,
- 318 • stärkere Ausrichtung der Agrarsubventionen an Klima-, Umwelt- und
319 Tierschutzaspekte, die Ausweitung des Ökologischen Landbaus,
- 320 • Maßnahmen um Moore erhalten und wieder zu vernässen sowie eine verbesserte
321 Wasserwirtschaft,
- 322 • Grünlandschutz, Weidewirtschaft und eine flächengebundene Tierhaltung,
- 323 • Wald schützen und Bäume pflanzen. Ab sofort sollten mindestens 0,5% des
324 Bundeshaushaltes in Programme zur globalen Baumpflanzung fließen.